

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Unterhaltungsbeilagen „Feierstunden“ und „Unsere Heimat“



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage „Haus-, Garten- und Landwirtschaft“

Anzeigenpreise:

Die einseitige Seite aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 15 $\frac{1}{2}$, Familien-Anzeigen 12 $\frac{1}{2}$, Reklame-Seite 50 $\frac{1}{2}$, Sammelanzeigen 50% Aufschlag für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telefonische Aufträge und Chiffre-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise:
Monatlich einschließlich Trägerlohn M. 1.80
Einzelnnummer 10 $\frac{1}{2}$
Erscheint an jedem Werktag
Verbreitete Setzung im O.A.-Bezirk Nagold
Verantwortung, Druck u. Verlag von G. W. Saffer (Karl Saffer) Nagold

Telegramm-Adresse: Gesellschafter Nagold. — In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Setzung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Postcheckkonto Stuttgart 5113

Nr. 71

Begründet 1820

Freitag den 26. März

Preisnehmer Nr. 29

100. Jahrgang

Tagespiegel

Nach den vorläufigen Ermittlungen haben sich im Reich für das Volksbegehren 12 512 140 Unterschriften ergeben. Das sind etwa rund 32,4 v. H. — In Württemberg wurden 180 032 Stimmen abgegeben, also 29,8 v. H.

Der Verband Berliner Metallindustrieller hat den zum Ende dieses Monats abgelaufenen Kohaervertrag für die Arbeitnehmer gekündigt, um einen 10prozentigen Abbau der bisherigen Löhne herbeizuführen zu können.

In dem Prozeß gegen die Mörder Maffeo Fassio verurteilte das Gericht heute Dumini, Volpi und Poveromo zu 5 Jahren 11 Monaten und 20 Tagen Gefängnis. Das Urteil steht aber einen bedeutenden Strafnachlaß für die Verurteilten vor, wobei dieselben sofort freigelassen wurden.

Das rumänische Kabinett Brătianu wird am Samstag zurücktreten.

Nimmung des Übereinkommens in jedem Lande im Kriegs-falle oder anderer die Landesicherheit gefährdender Vor-fälle durch die Regierung a u s g e h o b e n werden können.“ Während auch in London die englische Regierung auf einer sehr engen Auslegung dieser Bestimmung verharre — worüber es beinahe zu einem Scheitern der Verhandlung gekommen wäre —, gelang es doch der deutschen Regierung, ihren, die deutsche Zukunft und die deutschen Lebensbedürfnisse sichernden Standpunkt durchzusetzen. Deutschland muß eine Gefährdung seiner Lebensinteressen bereits dann er-klären, wenn die Bestimmungen des Washingtoner Ab-kommens zu einer Einschränkung der Produktion und damit zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Reparationsfähig-keit führen. Drohen doch bei Nichterfüllung der Dames-Verpflichtungen dem deutschen Volk schwere Sanktionen. Nach der Londoner Vereinbarung darf nunmehr von Artikel 14 „im Fall einer Krise Gebrauch gemacht werden, die die nationale Wirtschaft so stark trifft, daß die Lebensmöglich-keiten der Bevölkerung bedroht sind.“ Allerdings sollen Wirtschaftskrisen, die sich nur auf einzelne Wirtschaftszweige beziehen, nicht als Gefährdung der Staatsicherheit an-gehen werden.

Sozialdemokraten durch ein Entgegenkommen in der Frage der Mietserhöhung zur Stimmenthaltung bewegen zu können. Die Regierungsparteien stehen daher in fortlaufender und ständiger Fühlungnahme mit der Sozialdemokratie. Eine Entscheidung über die Haltung der Sozialdemokraten ist aber noch nicht gefallen. Vielmehr hat heute im Steuer-ausschuß der sozialdemokratische Abg. Hilferding eine Reihe von Änderungsanträgen angefündigt. Die Sozialdemo-kraten verlangen allgemeine Verlängerung der Bezugsdauer der Erwerbslosenunterstützung von 26 auf 39 Wochen und Berechtigung der Länder, fakultativ darüber hinauszugehen, Einstellung der Ausgeweiteten in die Erwerbslosenunter-stützung, keine allgemeine Senkung der Vermögenssteuer, Beschränkung der Miete auf die Höhe der Friedensmiete bis zum 1. April 1927, bei den Verbrauchssteuern Aufrechterhal-tung der Selbststeuer, Ermäßigung der Zuersteuer und Be-seitigung der Salz- und übrigen kleinen Verbrauchssteuern.

Bereinschaffung der bayerischen Staatsverwaltung

München, 25. März. Nach der „Münchener Zeitung“ soll ein Antrag der Staatsregierung zur Bereinschaffung der Staatsverwaltung und Steuerleistung bereits dem Bayeri-schen Städtetag zur Behandlung vorliegen. Darnach würde der Staatsregierung die Ermächtigung erteilt werden sollen, durch Verordnung nach Anhören eines Aus-schusses die Zahl der Ministerien durch Zusammenlegung des Handelsministeriums mit dem Außenministerium und des Sozialministeriums mit dem des Innern um 2 zu verringern, zwei Kreisregierungen, die Bezirks- und Kreisbauernkam-ern aufzuheben, die Handels- und Handwerkskammern auf drei zu verringern und die Ausgaben der Kreise auf Wohl-fahrtsausgaben zu beschränken. Weitere Maßnahmen be-treffend Hinzuziehung der Gemeinden zu den Schulau-fwandkosten, Stärkung des Ausgleichsfonds für notleidende Gemeinden und Herabsetzung der Kreissteuer um die Hälfte.

Neues Leben auf der Zeppelin-Werft

Friedrichshafen, 25. März. Dem Luftschiffbau Zeppelin in Friedrichshafen ist aus dem bisherigen Ertrag der Ze-pelin-Gesellschaft eine erste Rate von einer halben Mil-lion Goldmark zur Verfügung gestellt worden. Da bisher noch nicht feststeht, wie groß der künftige Zeppelinkreuzer sein wird, und die endgültigen Pläne erst nach dem Ergebnis der Pariser Luftfahrtverhandlungen in Angriff genommen werden können, werden jetzt diejenigen Konstruktions-teile gebaut, die für alle Zeppelintypen normal und von der je-weiligen Größe des Schiffes unabhängig sind.

Die Auslegung des Dawesplanes

Haag, 25. März. Das internationale Schiedsgericht zur Auslegung des Dawesplanes hat in öffentlicher Sitzung ent-schieden, daß die für soziale Versicherungen in Elsaß-Loth-ringen und Oberschlesien an Frankreich und Polen zu leisten-den Beträge in den Jahreszahlungen des Dawesplanes ein-be-griffen sind. Auch die für zivile und Militärpensionen in Elsaß-Lothringen und Deutschland zu leistenden Beträge sollen in den Jahreszahlungen des Dawesplanes einbegri-fen sein. Das Schiedsgericht hat dagegen entschieden, daß die Restitutions-, die von Deutschland für eine Reihe verschie-dentlicher Gegenstände und Wertpapiere zu leisten sind, nicht in den Dawesannuitäten einbegriffen sind.

Churchill über die interalliierten Schulden

London, 25. März. Im Verlauf der gestrigen Sitzung des Unterhauses führte Churchill hinsichtlich der interalliierten Schulden aus: Großbritannien stimme grundsätzlich der Note Balfours zu, nach der die Zahlungen Englands an die Ver-einigten Staaten ausgeglichen werden sollen durch die Zah-lungen der alliierten Länder an Großbritannien und durch die deutschen Reparationen. Churchill gab dann der Erwar-tung Ausdruck, daß Frankreich 12,5 Millionen Pfund Sterling zahlt, Italien 4 Millionen und die anderen Allii-erten 2 Millionen. Wenn Deutschland zwei Drittel seiner Verpflichtungen aus dem Dawesplan erfülle, werde es jährlich 15 Millionen zahlen. Das mache insgesamt 32,5 Millionen gegenüber den gegenwärtigen Zahlungen an die Vereinigten Staaten von rund 33 Millionen Pfund Sterling. In acht Jahren würden die Zahlungen an die Vereinigten Staaten auf 33 Millionen steigen, wodurch eine Lücke ent-stehe, die vielleicht von Rußland gedeckt werden würde. In der von Mitgliedern des Hauses geübten Kritik an gewissen Schuldnerstaaten erklärte Churchill dann weiter, wenn er damit auch in seiner Privateigenschaft in mancher Beziehung einverstanden sein könne, so würde es für ihn doch unmög-lich sein, sich ihr anzuschließen, so lange er seine jetzige Stel-lung bekleide. Churchill erklärte ferner, Rußland schulde England 800 Millionen Pfund und habe die Zurückzahlung verweigert. Aber vielleicht sei das nicht das letzte Wort, das man von Rußland hören werde. Die Bedeutung der Weltkredite für Rußland dämmere den Führern Rußlands auf. England verzichte nicht auf seine Ansprüche.

Die Ratsnote Brasiliens

Berlin, 25. März. Aus Anlaß der letzten Debatten im Reichstage und im englischen Unterhause über die Wölfer-bundfrage wird von unterrichteter Seite auf die auffällige Tatsache hingewiesen, daß der englische Außenminister Cham-berlain im Unterhause nur auf den ersten Ablaß der brasiliani-schen Note vom 1. Dezember 1924 hingewiesen hat, den auch der brasilianische Vertreter in Genf in der Schlußsitzung der Vollversammlung allein wiedergegeben hat, und in dem

Deutscher Reichstag

Berlin, 25. März. Im Reichstag wurde heute eine Reihe von kleineren Gelegenheitswünschen angenommen, und besonders die zweite Lesung des Haushalts des Reichspostministeriums vorgenommen. Dabei wies Minister Stin-g l darauf hin, daß die Post auch nach Inkrafttreten des Reichspostfinanz-gesetzes eine Reichsaufgabe und im engen Reichsverband geblieben sei. Die Reichspost wolle helfen und Förderin sein für Wirtschaft und Verkehr. Großzügiger Aus-bau aller Verkehrseinrichtungen und Schaffung aller nur irgend möglichen und finanziell tragbaren Verkehrsvereinfachungen sei notwendig. Als Leitfaden für die Wirtschaftser-gänzung der Post bezeichnet der Minister Anpassung auf allen Gebieten, offener freier Blick für die Verhältnisse und die berechtigten Bedürfnisse der allgemeinen Wirtschaft und entschlossenes Handeln. Die Reichspost habe mit Parteipolitik nichts zu tun. Die Post müsse größte Eigen-wirtschaftlichkeit anstreben, zumal sie, wie keine andere Verwal-tung, mit Fennigen rechnen müsse. Der vom Haushalts-ausschuß vorgenommenen Hinzufügung der an das Reich abzuleisenden Summe von 20 auf 70 Millionen wolle er nicht widersprechen, mit Rücksicht darauf, daß die Post mit einer Anleihe von 150 Millionen Mark rechnen könne. Der Minister ist der Überzeugung, daß das Postpersonal voll und ganz hinter ihm stehe. Von seinen Personalorganisa-tionen würden seine Wirtschaftsbestrebungen kräftig unterstützt. Es werde alles getan, um die Arbeitsbedingungen des Per-sonals günstiger zu gestalten. Für Wohnungsfürsorge, Beför-derung der Tuberkulose und sonstige Wohlfahrts-einrichtungen seien erhebliche Mittel aufgebracht.

Neuestes vom Tage

Neue deutsche Kolonialpolitik

Berlin, 25. März. Aus Anlaß der vor 30 Jahren erfolgten Gründung der jetzt 700 Mitglieder zählenden Abtei-lung Berlin-Charlottenburg der Deutschen Kolonialgesell-schaft fand gestern abend im Plenarsitzungs-saal des Reichs-wirtschaftsrats eine Festsetzung statt, die sich eines ausge-zeichneten Besuchs zu erfreuen hatte. Herzog Adolf Friedrich zu Mecklenburg, der Vorsitzende der Ortsgruppe, begrüßte die Anwesenden mit warmen Worten. Dann nahm Reichs-ban t p r ä s i d e n t Dr. Schacht das Wort, zu einem Vortrag über das Thema „Neue Kolonialpolitik“, dem wir folgendes entnehmen: Die Möglichkeit einer Wiederaufnahme kolonialer Wirtschaft oder Befähigung für Deutschland sehe ich in dem System der sogenannten Chartered Companies, großen privilegierten, privaten, kolonialen Unternehmungsgesellschaften, denen geeignetes Territorium zu überlassen wäre, um der deutschen Industrie und Technik die Möglich-keit kolonialer wirtschaftlicher Betätigung zu geben und deutsche Volksteile in diesem Gebiet geschloffen anzusiedeln. Ich habe keinen Zweifel, daß sich Privatkapital für die Er-richtung einer großen Chartered Company finden wird, wenn ihm ein entsprechender Nutzen an der Entwicklung des Unternehmens vorbehalten bleibt, werden wir doch unter allen Umständen mit einer Ansammlung von Geldern zu rechnen haben, deren Uebertragung an das Ausland dorevif nicht möglich sein wird und die hier eine Anlage finden können. Das Unternehmen wäre auszuweisen als eine rein private Aktiengesellschaft, in deren Verwaltungsrat neben deutschen Kräften, denen im wesentlichen die technische Durch-führung obzuliegen hätte, führende Kaufleute der Wirt-schaftsnationen teilnehmen könnten, die selbstverständlich von politischen Einflüssen frei und von ihren jeweiligen Regie-rungen unabhängig sein müßten. Den sich niederlassenden Siedlern würde zweckmäßig ein weitgehendes Selbstver-waltungsrecht zu geben sein. Selbstverständlich können auch gewisse Souveränitätsrechte nicht völlig außer Acht bleiben, aber sie liegen in der Hauptsache nur in der Richtung der Rechtsprechung und in der Garantie für die Aufrechterhal-tung geordneter Rechtsverhältnisse.

Steuerforderungen der Sozialdemokraten

Berlin, 25. März. In parlamentarischen Kreisen der Mitte werden die Ausichten des Steuerkompromisses im allgemeinen zuversichtlich beurteilt. Man rechnet damit, die

Ergebnis der Arbeitszeitkonferenz

Die Bedeutung der Arbeitszeitkonferenz, die vom 15. bis 18. März in London stattfand, wird man nur dann richtig würdigen können, wenn man den letzten Zweck des Washing-toner Arbeitszeitabkommens klar erkennt. Nicht um Sozial-politik handelt es sich in erster Linie bei der internationalen Regelung der Arbeitszeit; die Sozialpolitik ist vielmehr nur ein Mittel, die Wettbewerbsbedingungen der einzelnen Staa-ten auf einen möglichst gleichen Nenner zu bringen und Fak-toren eines sozialen Dumpings zu beseitigen. Bereits bei Entstehung des Abkommenswurfs für den Achtstundentag war Konkurrenzangst die Haupttriebkraft. Die Angst vor der deutschen Arbeit spricht aus allen Forderungen, die in den letzten Jahren für die Ratifikation des Washing-toner Abkommens vom Ausland erhoben worden sind. Wohl sucht man durch Friedensdiktat und Dames-Abkommen den deutschen Reparationskulten auszupressen, um aber dann die Folgen dieser Politik durch Zollmaßnahmen oder Hem-mungen der deutschen Produktionskraft wieder auszufalten. Es war eine der wichtigsten Aufgaben des deutschen Arbeits-ministers bei den Londoner Verhandlungen, die eine Inter-pretation des Washingtoner Abkommens bezwecken, auf die- sen Widerspruch hinzuweisen und eine den deutschen Inter-essen entsprechende Regelung herbeizuführen. Nach dem Er-gebnis der Konferenz scheint die deutsche Politik einen be-achtenswerten Erfolg davongetragen zu haben.

Es besteht Einverständnis darüber, daß das Washing-toner Abkommen auf alle gewerblichen Betriebe anzuwenden ist. Ausgenommen bleiben die sogenannten Fam-ilienbetriebe. Was im einzelnen unter dieser Ausnahme zu verstehen ist, bleibt der einzelstaatlichen Gesetzgebung vor-behalten. Der Begriff „Arbeitszeit“ wurde dahin inter-pretiert, daß er nur die Zeit umfaßt, in der der Arbeit-nehmer dem Arbeitgeber (mit Ausnahme der Pausen) zur Verfügung steht. Das ist vor allem für Frankreich von größ-ter Bedeutung, da die französische Gesetzgebung lediglich die „effektive“, d. h. den Arbeiter voll beanspruchende Arbeits-zeit unter die Vorschriften des Achtstundentages fallen läßt. Nach Artikel 5 des Washingtoner Abkommens können für Saisongewerbe Vereinbarungen getroffen werden, nach denen die Arbeitsdauer den wechselnden Bedürfnissen des Gewerbes angepaßt wird. Bei einer Arbeitszeit, die innerhalb einer längeren Periode im Durchschnitt 48 Wochenstunden beträgt, können also bei der Hochkonjunktur 9—10 und dafür in der stillen Zeit 6—7 Stunden gearbeitet werden. Ein Erfolg der deutschen Bemühungen war es nun, daß auch das Bau-gewerbe diese Ausnahmeregelung erhalten darf. Besondere Schwierigkeiten bietet eine internationale Festlegung des Begriffs „Arbeitsbereitschaft“; man konnte sich daher auch nur darauf einigen, daß dieser Begriff „nicht zu weit aus-gelegt“ werden darf. Im einzelnen soll er nur Anwendung finden auf Personen, deren Arbeit nicht in der Gütererzeugung im engen Sinne dient und deren Beschäftigung ihrer Art nach lange Zeitschnitte umfaßt, in denen von den Ar-beitern weder eine wirkliche Arbeit noch eine angestrengte Aufmerksamkeit verlangt wird.

Nach Artikel 6 des Washingtoner Abkommens können vorübergehende Ausnahmen vom Achtstundentag bei „außergewöhnlicher Herausforderung der Arbeit“ gestattet werden; in diesem Fall müssen die Ueberstunden mit 25 v. H. Lohnzuschlag bezahlt werden. Eine bestimmte Höchstgrenze der möglichen Ueberstunden ist auch in London nicht festgelegt worden, sie bleibt dem Ermessen der einzelnen Länder völlig überlassen. Die 48-Stunden-Woche erfaßt also nur die 6 Arbeits-(Wochen-)Tage. Theoretisch besteht die Möglichkeit, daß am Sonntag in Betrieben, in denen auch Sonntags die Beschäftigung notwendig ist, länger als acht Stunden gearbeitet wird. Durch diese Vereinbarung wird ein gewisser Ausgleich für die deutsche Konzeption geschaffen, daß die Eisenbahnen als Gewerbe ohne ununterbrochenen Betrieb betrachtet werden sollen. Der deut-sche Arbeitsminister hatte sich scharf gegen diese Regelung ausgesprochen, da die deutschen Eisenbahnen auch am Son-natag den vollen Wochentagsverkehr aufrechterhalten, während in England eine erhebliche Einschränkung des Betriebes statt-findet. Schließlich ist die Starrheit des Achtstundentagsprinzips auch dadurch etwas gelöst, daß die Nachholung der insolge von Feiertagen ausgefallenen Arbeitszeit gestattet ist.

Zu den Bestimmungen des Washingtoner Abkommens, die im Vordergrund zwischenstaatlicher Auseinandersetzungen standen, gehört vor allem Artikel 14, nach dem „die Be-

von der Notwendigkeit gesprochen wird, die in dem deutschen Völkerverbundememorandum aufgeworfenen Fragen im Schoße des Völkerverbundes selbst zu erörtern. Für den Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund und in den Rat sind jedoch folgende Sätze der Note entscheidend gewesen: „Hat Brasilien an sich keinerlei Einwendungen gegen den Beitritt Deutschlands als Mitglied des Völkerverbundes zu erheben, im Gegenteil, es wünscht, daß dieser Beitritt sich vollziehe. Auch ist Brasilien im Prinzip nicht dagegen, daß das neue Mitglied einen ständigen Sitz im Rat erhält.“ Diese entscheidenden Sätze enthalten keinerlei Vorbehalt Brasiliens, den Antrag Deutschlands auf Einräumung eines ständigen Ratsplatzes erst nach mit den anderen Ratsmächten zu prüfen. Noch weniger findet sich in der brasilianischen Note die geringste Andeutung, daß die brasilianische Regierung den ständigen Ratsplatz Deutschlands von der gleichzeitigen Einräumung eines ständigen Ratsplatzes an Brasilien abhängig machen werde. Die deutsche Regierung mußte daher annehmen, daß Brasilien ebenso wie die anderen Ratsmächte der deutschen Forderung vorbehaltlos zustimmte. Es sei deshalb nicht verständlich, daß Chamberlain meine, die brasilianische Antwort hätte Deutschland veranlassen müssen, auf der Hut zu sein. Davon, daß Brasilien damals, wie Chamberlain annimmt, den Deutschen eine Warnung übermittelt hätte, es werde sein eigenes Ersuchen um einen ständigen Ratsplatz gleichzeitig mit dem deutschen Antrag zur Erörterung stellen, könne gleichfalls nicht im entferntesten die Rede sein. Nach der ganzen politischen Entwicklung sei es daher nicht angebracht, sich darauf zu berufen, daß Deutschland niemals ausdrücklich die Bedingung gestellt habe, allein in den Rat aufgenommen zu werden. Diese Bedingung hätte nur gestellt werden können, wenn gegenteilige Forderungen von anderer Seite gestellt worden wären.

Andens Haltung in Genf

Berlin, 25. März. In dem Bericht, den der schwedische Außenminister Lunden über die Genfer Völkerverbundtagung in der 2. Kammer des schwedischen Reichstages erstattet hat, vertritt er die Auffassung, die Haltung der deutschen Delegation in Genf habe ihn zur Aenderung seiner ursprünglichen Haltung veranlaßt.

Hierzu wird von unterrichteter Seite mitgeteilt: Allen Teilnehmern der Genfer Tagung ist der Tatbestand bekannt, daß die Aenderung in der Haltung der schwedischen Delegation völlig unerwartet und zur vollen Ueberraschung sämtlicher Teilnehmer eintrat. Auch der Hinweis, daß der Verzicht Schweden auf seinen Ratsplatz durch die Haltung der belgischen Delegation bedingt war, entspricht nicht der Sachlage. Irgend ein konkretes Anerbieten Belgiens, auf seinen Ratsplatz zu verzichten, ist niemals erfolgt. Der schwedische Außenminister Lunden erklärte zum Schluß seines Berichtes, er sei niemals irgend einem Druck in Genf ausgesetzt gewesen. Demgegenüber kann festgestellt werden, daß während der Genfer Tagung unzählige Äußerungen des schwedischen Außenministers kursierten, die die Haltung gewisser Großmächte Schweden gegenüber in der Ratsfrage sehr eindeutig charakterisierten.

Württembergischer Landtag

Stuttgart, 25. März. Der Landtag berief in seiner Mittwochs-Sitzung in erster Lesung den Gesetzentwurf über die Vereinfachung der Staatsverwaltung in Verbindung mit den Gesetzentwürfen über das Staatsministerium und die Ministerien, sowie über die Aufteilung des Oberamtsbezirks Weinsberg.

Staatspräsident Bazille erklärte, wenn es zwei Jahre gedauert habe, bis diese Entwürfe vorgelegt wurden, so deshalb, weil die Regierung wegen der Landtags- und Reichstagsberatungen und wegen der wiederholten Wahlen nicht ruhig arbeiten konnte, so daß sie oft monatelang behindert war. Der Staatspräsident betonte, daß ein Abbau von weiteren Beamten nicht möglich sei. Trotzdem müsse der Landtag der Frage der Vereinfachung näher treten, weil Ersparnisse gemacht werden müßten, auch wenn sie gering seien. Zunächst müsse man mit der Vereinfachung bei der Zentralverwaltung anfangen. Bei dem Gesetz über die Aufhebung kollegialer Organisationen und Landesmittelstellen handle es sich nicht um ein diktatorisches Ermächtigungsgesetz wie im Jahre 1923. Sollte das Zentrum Befürchtungen hegen wegen

Abhebung des katholischen und evangelischen Oberschulrats, so könne man ja diese Behörden von der Aufhebung ausnehmen.

Der Abg. Hermann (Soz.) übte an den mageren Ergebnissen der Staatsvereinfachung scharfe Kritik. Die Vorklagen seien weder großzügig noch organisch und stellen überhaupt keine Reform dar. Der Entwurf über die Vereinfachung der Staatsverwaltung gebe der Regierung eine Blankovollmacht und ermögliche die Verfolgung parteipolitischer Ziele.

Der Abg. Wok (Str.) erklärte, daß seine Partei dem Staatspräsidenten keine weiteren Rechte einräumen wolle, als er nach der Verfassung zu beanspruchen habe, und begründete mit sachlichen Erwägungen die Forderung, den Abg. Andre als Vertreter der drüsilich-nationalen Arbeiterschaft in die Staatsverwaltung zu berufen. Zum Abbau der Oberschulbehörden könne das Zentrum die Hand nicht bieten, doch werde es der Aufteilung des Oberamts Weinsberg zustimmen. Eine andere Abgrenzung der Oberamtsbezirke sei absolut notwendig, denn die Aufteilung jedes zweiten Oberamts bedeute eine Ersparnis von jährlich 640 000 Mark.

Der Abg. Dr. Schall (Dem.) bezeichnete die Vereinfachung der Staatsverwaltung angesichts des Mißverhältnisses zwischen öffentlichem Aufwand und steuerlicher Leistungsfähigkeit als unbedingt notwendig. Die Demokratie könne der Regierung die geforderte Ermächtigung nicht geben, da sie zu ihr nicht das Vertrauen habe, daß sie von der Ermächtigung im Staatsinteresse Gebrauch machen werde. Der Redner forderte schließlich die Neueinteilung der Oberamtsbezirke im ganzen Land, eine Verminderung ihrer Zahl, eine Verminderung der Amtsgerichts- und Finanzamtsbezirke, die Aufhebung überflüssiger Landgerichte, besonders von Hall, die Verringerung der Abgeordnetenzahl auf 60 und die der Ministerien auf drei, die Erweiterung der Kompetenz der unteren Instanzen und der Selbstverwaltung.

Staatspräsident Bazille trat den Angriffen der Oppositionsredner entgegen und wies darauf hin, daß die Arbeit schon weiter gediehen wäre, wenn er brauchbare Vorschläge angetroffen hätte. Er betonte insbesondere den Beamtenabbau im Arbeitsministerium und bezeichnete die Ausführungen des Abg. Schall nicht nur als anscheinbar, sondern als direkt unrichtig. Eine Erhöhung der Mittel aus nur um 5 Prozent müßte eine entsprechende Erhöhung der Beamtenwohnungszuschläge zur Folge haben und dies würde in Württemberg eine Ausgabe von einer halben Million bringen.

Minister des Innern Holz bezeichnete die Kritik an dem Entwurf zur Aufteilung des Oberamts Weinsberg als unverständlich. Von der Notwendigkeit der Aenderung der Oberamtsbezirke sei er mehr als je überzeugt. Die Regierung habe darüber schon beraten, sich aber noch nicht geeinigt. Eine einmalige große Reform wäre wohl sachlich besser, aber ihre Durchführung bei der Stellung der Bevölkerung und des Parlaments zweifelhaft.

Nach weiteren Ausführungen der Abgeordneten August Müller (Soz.), Albert Fischer (Komm.), Rath (Soz.) und Dr. Steger (Völk.) wurden die Gesetzentwürfe an den Verwaltungs- und Wirtschaftsausschuß überwiesen. Morgen Generaldebatte zum Etat.

Ausprache über den Staatshaushalt

Der Landtag begann heute die Beratung des Staatshaushaltsplanes für die Rechnungsjahre 1926 und 1927 in Verbindung mit den Gesetzentwürfen über die Gebäudeentwässerungssteuer, sowie über die Aenderung der Personalabbauperordnung und des Beamtenechts. Finanzminister Dr. Dehlinger leitete die Generaldebatte durch eine große Rede ein. Die Aufstellung eines zweijährigen Wirtschaftsprogramms begründete er mit den derzeitigen finanziellen Schwierigkeiten. Er ging dann näher auf die wirtschaftliche Krise ein, die in der Landwirtschaft besonders schlimm geworden sei. Diese Krise beherrsche auch die öffentlichen Haushalte und vor allem die Steuerpolitik und so sei auch die Finanzlage des Staates ungeheuer ernst. Der im Planentwurf nachgewiesene Abmangel sei zwar verhältnismäßig klein, aber nichts wäre verkehrter, als daraus den Schluß zu ziehen, daß die Lage der Staatswirtschaft nicht ungünstig sei. Der Minister teilte mit, daß er neuerdings beim Reichsfinanzminister dringende Vorstellungen erheben

mußte, weil Württemberg beim Verteilungsschlüssel für die Einkommen- und Körperschaftsteuer ungenügend berücksichtigt sei, nämlich nur mit 3,7 bzw. 3 v. H., während es nach Einwohnerzahl und Gebietsfläche 4,15 v. H. erhalten müßte. Er habe verlangt, daß diese Unbilligkeit und zwar noch mit Rückwirkung auf 1925 ausgeglichen werde. Hoffentlich werde der neue Finanzausgleich mit dem Reiche den Bedürfnissen des Landes besser Rechnung tragen und namentlich das Zuschlagsrecht in einer Weise regeln, daß Ländern und Gemeinden endlich wieder eine angemessene Bewegungsfreiheit auf steuerlichem Gebiete und die volle Verantwortlichkeit für ihre Ausgaben gesichert sei. Zum Ausgleich für die durch das Reich vorgeschriebene Erhöhung der Gebäudeentwässerungssteuer ab 1. April 1926 sei der Prozentsatz für die staatliche Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer von 8 auf 5 1/2 v. H. gesenkt worden. Um diese Senkung zu erreichen, war äußerste Sparnkraft und die Absehung zahlreicher an sich notwendiger Ausgaben erforderlich. Der Minister wandte sich gegen den Vorwurf, daß der Staat die Schulden auf die Gemeinden abwälze. Diese Lasten des Staates seien heute immer noch 25 1/2 Millionen gegen 13 Millionen im Jahr 1914. Ueberdies hätten sich die Einnahmen der Gemeinden stärker vermehrt als die des Staates. Allerdings hätten Mitte März ds. Js. vom Planjahr der Katastersteuern zehn Millionen, von der Gebäudeentwässerungssteuer noch 5 Millionen rückständig gewesen. Ob die Gewerbesteuer durch ein neues Gesetz geregelt werden müsse, lasse sich erst nach der Veranlagung auf Grund der Einkommen-, Körperschaftssteuer und des Reichsbewertungsgesetzes beurteilen. Nachdem der Minister noch nähere Ausführungen über die Gebäudeentwässerungssteuer gemacht hatte, schloß er seine Rede mit einer eindringlichen Warnung vor jeglicher Ausgabensteigerung, denn neue Ausgaben ließen sich nur durch neue steuerliche Opfer erkaufen.

Der Abg. Ulrich (Soz.) kritisierte die verspätete Vorlegung des Etats. Die Regierung habe offenbar die Absicht, den Landtag auszuschalten. Einen zweijährigen Etat lehne seine Partei ab, da er nur geeignet sei, die Herrlichkeit der Bürokratie in ungeänderter Weise zu steigern. Der Redner forderte weiterhin die Aufstellung eines Bauprogramms auf lange Zeit, die Verwendung der ganzen Gebäudeentwässerungssteuer für den Wohnungsbau und wandle sich dann schließlich gegen den Terror des Bauernbundes beim Volksbegehren. Als er von einem Tiefstand sprach, kam es zu peinlichen Auseinandersetzungen. Die Sozialdemokratie wurde daran erinnert, daß zwei ihrer Abgeordneten, nachdem sie tagsüber gegen die Maßreservewirtschaft der Fürsten gesprochen hatten, nach Schluß der Polizeistunde im Weinrestaurant Silliker beim Sekt mit zwei Damen in züchtlicher Weise zusammen saßen und der Polizei vorgeführt wurden. Der Abg. Ulrich fragte schließlich noch nach der Stellung der Regierung zur Frage des Eintritts von Deutschland in den Völkerverbund.

Der Abg. Theodor Fischer (V.P.) sprach von Geschmacklosigkeiten in den Ausführungen des Vorredners. Die Sozialdemokratie wolle durch die Heße gegen die Fürsten nur ihre eigenen Untaten während der Revolution, wo sie Milliarden verschwendete, verdecken. Woher habe denn diese Partei das Geld für die Propaganda, wenn sie doch immer von den verarmten Genossen spreche? Der Redner wandte sich dann hauptsächlich gegen das Zuchthausgesetz der Reichsregierung gegen das Handwerk.

Zum Schluß entschied man sich dafür, nachmittags 4 Uhr wieder zusammen zu kommen.

Württemberg

Stuttgart, 25. März. Steuererhebung vom 1. April ab. Nach einer Verordnung des Finanzministeriums haben die Gemeinden die staatliche Grund-, Gewerbe- und Gebäudeentwässerungssteuer vom 1. April an bis auf weiteres nach den bisherigen Vorschriften, die Vorauszahlungen auf die Grund-, Gebäude- und Gewerbebesteuer für 1926 jedoch nur mit elf Sechsteln der für das Rechnungsjahr 1925 festgestellten Staatssteuer weiter zu erheben. Die Gebäudeentwässerungssteuer soll jedoch nach einem dem Landtag vorliegenden Gesetzentwurf vom 1. April 1926 ab erhöht werden. Für den Fall, daß dieser Gesetzentwurf

Noch ein Wort zum Gemeindebestimmungsrecht (G.M.)

Wie wir hören, ist die Unterschriftensammlung hier wie anderwärts in gutem Gang. In Nagold allein sind bereits über 500 Unterschriften besaßen. Doch werden auch Stimmen der Verständnislosigkeit und des Widerspruchs laut. Darum dürfte es nicht überflüssig sein, noch einmal auf den Kernpunkt der Sache einzugehen. Es heißt, man wolle das Bürgergewerbe vernichten. Als ob das in Deutschland (!) überhaupt möglich wäre! Aber das will auch kein Mensch. Auch wenn der Alkoholverbrauch stark eingeschränkt wird, sind Gasthäuser für Durchreisende und Versammlungsräume für Gesellschaften mit Bewirtung immer noch vonnöten. Geht die Zahl der Wirtschaften infolge Nichterneuerung der Konzession bei Geldlöcher derselben zurück, so wird der Betrieb der anderen umso rentabler. Kentert sich eine Wirtschaft, so ist der Wirt nicht auf jeden Schoppen, auch eines schon Angetrunkenen, angewiesen; er sieht den Gästen gegenüber viel unabhängiger da und ist noch Herr im eigenen Haus. — Ein anderer Einwand ist der: das G.M. bedeute ein Mißtrauen gegen die Behörden und eine Kritik an ihrer bisherigen Handhabung der Schankerlaubnis. Auch davon ist in Bezug auf unseren Bezirk nicht die Rede. Es handelt sich ja doch nicht um eine örtliche Angelegenheit, sondern um eine, die das ganze Volk betrifft und in ganz Deutschland zurzeit verhandelt wird. Wohl kann es künftig in einzelnen Fällen von Wert sein, daß irgendwo eine Gemeinde diese Angelegenheit selber in die Hand nimmt und dann vielleicht wichtiger entscheidet als eine Behörde, die bisher keine Gelegenheit hatte, die Meinung der Öffentlichkeit darüber zu hören und darum in erster Linie dem Wunsch des Interessenten entgegenkam. Aber der Schwerpunkt der ganzen Sache liegt nicht darin, ob diese oder jene Wirtschaft konzessioniert wird oder nicht. Sondern darum handelt es sich, daß das Volk da über aufgestellt wird, daß der jetzige Alkoholverbrauch nachgerade eine schwere Gefahr für das ganze Volksleben bedeutet und daß das Volk selber den Kampf gegen diese Gefahr aufnehmen muß. Das kann niemals bloß Sache der Behörden sein; das geht jeden einzelnen an; das ist einfach nationale Pflicht. Diese Pflicht gegen das deutsche Volkstum jedem einzelnen zum Bewußtsein zu bringen, das ist der tiefere Sinn der Unterschriftensammlung. Wer wagt es, diese Pflicht zu verneinen, sie in kaltem Egoismus oder in stumpfer Gleichgültigkeit beiseite zu schieben? Man mache sich doch die Wir-

lung des Alkoholismus klar. Es handelt sich einmal um das deutsche Volksvermögen: mehr als 3 Milliarden Reichsmark sind im Jahr 1925 in Deutschland verrentet worden. Das macht in 3 Jahren 9 Milliarden; sie würden reiflos genügen, um die ganze Wohnungsnot zu beseitigen, diese Not, die so furchtbar an der körperlichen, seelischen und sittlichen Gesundheit von Millionen zehrt. Und hätte man das Geld, die fehlenden 2 Millionen Wohnungen zu bauen, welches Heer von Arbeitslosen könnte man damit beschäftigen! Wie viel geübter und besser wären im Baugewerbe Arbeiter der Alkoholindustrie versorgt, die durch etwaige Einschränkung derselben brotlos gemacht würden. Aber zunächst ist dazu keine Aussicht: während manche kleine Brauereien in aller Stille schließen müssen, zahlen die Großbrauereien nach ihren eigenen Angaben 10-20% Dividenden; der Reingewinn einzelner Münchner Großbrauereien von 1925 geht an die 2 Millionen Mark. Und das in einer Zeit, in der das übrige Geschäftsleben katastrophal darniederliegt und täglich zahllose Geschäfte ihren Konkurs anmelden müssen oder unter Geschäftsaufsicht kommen. Dazu wird die Höhe der Darlehen an den Höhe der deutschen Luxusausgaben (z. B. des Alkoholverbrauchs) bemessen. Sollte es wirklich gleichgültig sein, ob man das Volk darüber aufklärt oder nicht? Und wie steht's mit dem Einfluß auf die Volksgesundheit? Wer will ihn bestreiten? Der Alkohol schädigt die Keimzellen und erzeugt eine minderwertige Nachkommenschaft. In Bayern ist die Säuglingssterblichkeit am größten, von 1000 Säuglingen sterben dort jetzt noch 300 im ersten Lebensjahr; dort werden auch am meisten Idioten geboren. Die Hälfte aller Geisteskranken sind nach der Statistik Opfer des Alkoholgenusses und daß die Alkoholindustrie die schlechteste Sterbestatistik hat, ist bekannt. Müssen wir nach den Opfern des Krieges nicht unsere Volkskraft zusammenhalten? Endlich der Einfluß auf die Volkssittlichkeit. Der Alkohol lähmt die Hemmungen des Gemüses und läßt den Menschen Dinge tun, die er im nüchternen Zustand niemals tun würde; aber eine einzige derartige Stunde kostet ihn vielleicht Gesundheit, Ehre, Freiheit und Familienglück. 84% aller Sittlichkeitsverbrechen, 75% der Vergewaltigungen, 65% der Verbrechen entspringen dem Alkoholgenuss. Wie wird das Vereinsleben, die Geselligkeit allseits herabgedrückt auf einen bedauerlichen Tiefstand. Wie oft wird das Familienleben ruiniert von diesem alle feineren Gefühle schließlich ertötenden Gift, wenn es gewohnheitsmäßig und übermäßig genossen wird. Welche Tragödien, wieviel verborgene Not verschuldet dieser harte Tyrann. Herlos ist, wer sich dem allem verschließt, wer bei seiner Parole bleibt: „leben und leben lassen!“ Freiheit für alle! Nein, jede Freiheit hat ihre Grenzen am Wohl des Ganzen. Für unser deut-

liches Volk und sein Bestes zu kämpfen, das ist der Zweck des Gemeindebestimmungsrechts.

Wiedererwachen des Sparfinns.

Die Sparfreudigkeit des deutschen Volks, die vor dem Krieg so hoch entwickelt war, hat durch die furchtbare Inflation eine Enttäufung erlebt, wie sie bislang in der wirtschaftlichen Entwicklung eines arbeitsamen und sparsamen Volks noch nicht vorgekommen ist. Was Wunder, wenn einem großen Teil des Volks jedwede Lust, nun wieder von vorn anzufangen, vergangen ist. Doch ist hier eine bemerkenswerte Aenderung eingetreten. Jedenfalls lassen die Mitteilungen, die in „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlicht werden und die sich mit den in deutschen Sparkassen angelegten Geldern im Jahr 1925 befassen, recht hoffnungsvolle Aussblicke zu.

Während für Ende 1924 der Gesamtbetrag der Sparanlagen etwa 600 Millionen RM betrug, erreichten die Einnahmen Ende 1925 die Höhe von rund 1612 Millionen Reichsmark. Es sind den Sparkassen also im Jahr 1925 mehr als 1 Milliarde Spargelder zugeflossen. Von dem Gesamtsparkassenbestand in Höhe von 1612 Millionen Mark entfallen auf die Sparkassen in Preußen etwa 1006 Millionen, auf Bayern 118 Millionen. Weitere erhebliche Bestände weisen noch auf Sachsen (73 Mill.), Württemberg (70) und Baden (65 Mill.).

Natüremäßig bleibt der Sparbestand der deutschen Wirtschaft, der Ende 1925 in den Sparkassen ruhte, gegen den in der Vorkriegszeit erreichten Umfang von 19,7 Milliarden Mark noch erheblich zurück; die Spargelder in den Sparkassen 1925 belaufen sich einstuftweise nur auf 8 bis 9 v. H. der Vorkriegszeit. In den drei letzten Vorkriegsjahren betrug der jährliche Einzahlungsüberschuß nur 498, 275 und 394 Millionen Mark.

Aus dieser auffälligen Erweiterung der Sparsätigkeit wird man allerdings nicht ohne weiteres den Schluß ziehen können, daß die Fähigkeit der Bevölkerung, aus ihrem Einkommen Ersparnisse abzuzweigen, in gleichem Umfang gewachsen ist. Vielmehr ist unter anderem auch zu berücksichtigen, daß die Bevölkerung heute nicht mehr wie in der Vorkriegszeit „Metallgeld“, insbesondere Goldstücke, als „Spargegenstand“ aufbewahrt, sich vielmehr in stärkerem Umfang daran gewöhnt hat, Ersparnisse sofort zur Bank oder zur Sparkasse zu bringen. Hinzu kommt der Zwang der Wirtschaft, das Sparguthaben, das die Geldentwertung vernichtet hat, sich beschleunigt wieder zu beschaffen.

nicht oder nicht wird, wird vor Grund-, Gebäudewurf eines Staatsgesetzteht bis 67 werden.

Verzestammte kammer hat im schliche zugelassen rat Dr. Karl B. Durst in Ober Wahlbezirk 8 (W. drich Langbe

(Win) ein Wah Brinzang a

ep. Der Ver hemberg find; Osterwoche in nachmittags find Hand der Kampf

Dillmann-Re mitgeteilt: Das hier zur Erinnerung Dillmann-R

Vereinigung und Oberalten. für Bezirks- und der Teilgemein Amtsoberrat S. Reinhold mit werden.

Brandstiftung alten Schlosser fählicher Brand 3/4 Jahren Zue Er hatte im Brandung in Brand

Bachmann, k r a n k e n h a u baus des Bezirk ann auch der Krankenhausne werden. Die V Vergleich zum a

Güglingen, f e l t e n h e i t. feher Karl Eder über den Hommb altes Kitz führte. Würzeit des 2

Heilbronn, t i n g e n. Die S trahnenbahn n föll anfangs n hofft, sie bis an

Heidenheim, Auf der Strecke zog ein 23jährig Bahnbeamter miffelt werden

Hagenbach 22 einiger Zeit wur 100 Mark Zigar drei 19- und 20 eingeschlichen, w hielt. Die elektr Landbürger hat

Tübingen, 25 Naturwissenschaften wegen seines g ihrem Ehrenдок Wegen Betr Fischer, Reisen Fischer, der mitt selbe Schreibma wegen anderer i

Dankmettingen Der jüngste Soh kurzen Wortwe

Fedehausen Tagen wurde in hauern eine Fid and einen Stad ergab 10% Fest Jahre übersteige

Mühlheim 22 Landwirt Georg nend harmlose g ger Zeit zugezo eintretenden Sta

Geisingen, Die Arbeitsmar Hälfte des Monc industrie sah sich einzuführen. Au weiter einschrän kaffungen vorneb

Aus E Hochdorf D. R. hielt der VI. im Galb, 3. Teilen der Obern Robi überaus star

nicht oder nicht mit Wirkung vom 1. April 1926 ab Gehalt wird, wird voraussichtlich eine Erhöhung der staatlichen Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer über den im Entwurf eines Staatshaushaltsgesetzes für 1926 und 1927 vorgesehenen Staatssteuersatz von 5,5 v. H. der Kataster (gleich 8 v. H. der Staatssteuer für 1925) hinaus notwendig werden.

Verzinsung. Der Landeswahlausschuß für die Verzeinsung hat im Wahlbezirk 1 (Stuttgart) zwei Wahllochkämpfe zugelassen. An der Spitze des einen steht Sanitätsrat Dr. Karl Bolz, an der Spitze des anderen Dr. Theodor Durst in Oberürkingen. Ferner wurden zugelassen im Wahlbezirk 8 (Tübingen) ein Wahllochkampf mit Dr. Friedrich Langbein in Spillingen und im Wahlbezirk 12 (Ulm) ein Wahllochkampf mit Sanitätsrat Dr. Friedrich Brünzang an der Spitze.

ep. Der Vertretertag des Evang. Volksbunds für Württemberg findet dieses Jahr am Montag und Dienstag der Osterwoche in Stuttgart statt. Am Dienstag vor- und nachmittags finden die Beratungen statt, deren Hauptgegenstand der Kampf um den Sonntag ist.

Dillmann-Realgymnasium. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Das Kultusministerium hat dem Realgymnasium hier zur Erinnerung an seinen Begründer die Bezeichnung **Dillmann-Realgymnasium** verliehen.

Bereinigung der Teilgemeinden Emsfelden, Unteraichen und Oberaichen. Durch Verfügung der Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperverwaltungsverwaltung ist die Vereinigung der Teilgemeinden Emsfelden, Unteraichen und Oberaichen, Amtsbezirk Stuttgart, zu einer Gemeinde mit dem Namen **Emsfelden** mit Wirkung vom 1. April 1926 ab genehmigt worden.

Brandstiftung. Das Schwurgericht hat den 23 Jahre alten Schlosser Otto Weidle von Hemmingen wegen vorsätzlicher Brandstiftung und wegen Versicherungsbetrugs zu 3 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. Er hatte im Dezember v. J. seine Scheuer und seine Wohnung in Brand gesteckt.

Aus dem Lande

Badnang, 25. März. Ausbau des Bezirkskrankenhaus. Nach Vollendung des Dachstockausbaus des Bezirkskrankenhaus konnte in den letzten Tagen auch der 3. Stock in Betrieb genommen und der Krankenhausbau zu einem vorläufigen Abschluß gebracht werden. Die Bettenzahl hat sich jetzt auf 65 erhöht, also im Vergleich zum alten Krankenhaus verdoppelt.

Güdingen, 25. März. Brachsenheim, 25. März. Naturfesten. Am letzten Sonntag beehrte der Jagdinspektor Karl Ecker von hier auf dem Weg nach Gündelbach über den Hemmerberg einer Rinde (Rehweisz), die ein 6 Wochen altes Kitz führte. Es ist dies eine Seltenheit, da die übliche Wurfzeit des Rehs sonst in den Monat Juni fällt.

Heilbronn, 25. März. Straßenbahn nach Böfingen. Die Vorbereitungen für den Bau der Böfinger Straßenbahn sind nunmehr beendet. Mit dem Bau selbst soll anfangs nächsten Monats begonnen werden und man hofft, sie bis anfangs Juli zu beenden.

Heidenheim, 25. März. Die Notbremse gezogen. Auf der Strecke zwischen Rammingen und Niederstöttingen zog ein 23jähriger Burche die Notbremse. Er gab dem Bahnbeamten einen falschen Namen an, konnte aber ermittelt werden.

Hagenbach, 25. März. Diebstahl. Vor einiger Zeit wurden in einem hiesigen Kaufladen für etwa 100 Mark Zigaretten, Schokolade usw. gestohlen. Die Diebe, drei 19- und 20jährige Burschen, hatten sich abends spät eingeschlichen, während einer die Besitzerin im Laden unterhielt. Die elektrischen Birnen wurden ausgeschraubt. Der Bandhäger hat die „Gutebel“ bereits aufgedeckt.

Tübingen, 25. März. Von der Universität. Die Naturwissenschaftliche Fakultät hat Dr. med. Krauß wegen seines großen Verdienstes um die Insektentunde zu ihrem Ehren doktor ernannt.

Wegen Betrugs wurde der 39jährige Kaufmann Rud. Fischer, Reisender der Handwerkerfabrik, verhaftet. Fischer, der mittellos ist, hat bei Geldgesuchen eine und dieselbe Schreibmaschine wiederholt verpfändet und ist auch wegen anderer Vergehen angeklagt.

Onkmettingen, 25. März. Selbstmord. Der jüngste Sohn des Mechanikers Gauger hängte sich nach kurzem Wortwechsel mit seinem Vater im Schopf auf.

Feddenhausen, 25. März. In den letzten Tagen wurde im Stadtwald Emsfelsen von hiesigen Holzhauern eine Fichte gefällt, die eine Länge von 40 Metern und einen Stadtdurchmesser von 1,8 Meter hatte. Der Stamm ergab 10½ Festmeter. Das Alter des Baums dürfte 200 Jahre überleben.

Mühlheim, 25. März. Wundstarrkrampf. Landwirt Georg Friedrich Gulekuntz beachtete eine anscheinend harmlose Verletzung an der Hand, die er sich vor einiger Zeit zugezogen hatte, zu wenig. Nun ist er am plötzlich eintretenden Starrkrampf gestorben.

Geislingen a. St., 25. März. Vom Arbeitsmarkt. Die Arbeitsmarktlage des Bezirks hat sich in der ersten Hälfte des Monats März weiter verschlechtert. Die Metallindustrie sah sich genötigt, Kurzarbeit in größerem Umfang einzuführen. Auch die Textilindustrie mußte die Arbeitszeit weiter einschränken, Kündigungen aussprechen und Entlassungen vornehmen.

Aus Stadt und Land

Magold, 26. März 1928

Anfangen immer und niemals vollenden, heißt Zeit und Kraft als tot verschwenden. Der Weise erwägt erst seine Kraft, Bevor er etwas beginnt und schafft.

J. Sturm.

Kreis-Konferenz des Reichsbunds der Kriegsbeschädigten, ehemal. Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen.

(Unleibsam verspätet)

Hochdorf, 24. März. Am Sonntag den 14. d. M. hielt der Reichsbund der Kriegsbeschädigten u. w. Kreis VI. im Gasth. z. „Düsch“ eine Konferenz ab, die aus allen Teilen der Oberämter Magold, Horb, Herrenberg und Freudenstadt überaus stark besucht war. Kreisleiter Kamerad Stäbler

Magold eröffnete um 2 Uhr die Versammlung. Nach Bekanntgabe der umfangreichen Tagesordnung erteilte er Kamerad Dr. med. Stähle Magold das Wort zum Thema: „Innere Krankheiten als Kriegsfolgen und deren Verhütung“. Herr Dr. Stähle führte u. a. aus, daß bei amputierten und verkrüppelten Kameraden die Höhe der Erwerbsunfähigkeit in den meisten Fällen durch das Reichsversorgungsgesetz geregelt sei, während bei innerlich Kranken mehr oder weniger das Untersuchungsergebnis des Versorgungsarztes maßgebend sei. Die innerlich Kranken sind den anderen Kameraden gegenüber infolge in Nachteil, als bei vielen Krankheiten eine einmalige Untersuchung nicht genügt, um den schädigenden Einfluß der Krankheit auf die Erwerbsfähigkeit in vollem Umfang feststellen zu können. Bei Verschlimmerung ihres Leidens mögen sich die innerlich erkrankten Kameraden unverzüglich zu einem Arzt in Behandlung begeben, welcher dann im Fall eines Antrags auf Rentenverböhung in der Lage ist, einen ausführlichen Bericht über den Zustand des Kranken zu geben. Herr Dr. Stähle erteilte für seine klaren, von großer Sachkenntnis zeugenden Ausführungen lebhaften Beifall und es wurde allgemein gewünscht, Kamerad Dr. Stähle möge noch oft bei derartigen Anlässen aufklärend wirken und seine geschätzten Dienste den erkrankten Kameraden zur Verfügung stellen. In der darauffolgenden Diskussion wurde von mehreren Kameraden betont, daß die Zeugnisse von Privat-Ärzten bei den Versorgungsbehörden keine oder nur ungenügende Beachtung finden, was im Interesse der Beschädigten sehr bedauerlich sei. Auch der 10 und 20% Erwerbsunfähigen im Jahre 1922 „abgefundenen“ Kameraden wurde gedacht und die Kriegsbeschädigten Organisationen aufgefordert, die nötigen Schritte zu tun, den Betroffenen zu ihrem Rechte wieder zu verhelfen.

Anschließend kam auch die Behandlung der Kriegerhinterbliebenen zur Sprache. Da dieselbe bis heute nur eine „am“ Bewilligung und demzufolge oft mit allerlei Unannehmlichkeiten verknüpft ist, wurde beschlossen, darauf hinzuwirken, daß sie zu einem Rechtsanspruch ausgebaut wird. Als weiterer Punkt kam das Schwebeschädigtengesetz an die Reihe. Es wurde von verschiedenen Seiten darüber Klage geführt, daß einzelne Arbeitgeber heute alle Mittel anwenden, um dieses Gesetz unwirksam zu machen. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurden Reichs- und Landesregierungen aufgefordert, die Unterbringung der Schwerebeschädigten in jeder Hinsicht sicher zu stellen. Ueber diesen sowie andere Punkte referierte ausführlich unser Gauleiter, Kamerad Bogner Stuttgart, dessen Ausführungen ebenfalls mit starkem Beifall verbandt wurden. Ueber die Brennholzfrage, Verunreinigungen, Rentenentzüge, Konfirmationen und Konfirmationsbeihilfen, Beamtenchambre, Bezirksfürsorge stellen Reichsbund und Militärverein etc. wurde ebenfalls noch gesprochen, doch dürfte es zu weit führen, darüber ausführlich zu schreiben, da dies in den einzelnen Ortsgruppen noch erörtert werden wird.

Aus dem Geschäftsbericht der einzelnen Funktionäre war zu entnehmen, daß die Interessen der Kriegsooper nirgends besser aufgehoben sind, als beim Reichsbund, der heute die weitest stärke Kriegsbeschädigten-Organisation Deutschlands ist und daß es daher wünschenswert wäre, wenn alle Kameraden in d Kameradinnen demselben angeschlossen würden. — Den Schluß der Tagesordnung bildete der für Mai geplante Ausflug. Bei der diesbezüglichen Abstimmung gina Horb als Sieger hervor, was mit Rücksicht auf seine zentrale Lage in unserem Kreis sehr begrüßenswert ist. Um 1/2 7 Uhr schloß Kreisleiter, Kamerad Stäbler-Magold die in mancher Hinsicht lehrreich verlaufene Versammlung mit dem Wunsch: „Auf Wiedersehen in Horb!“

Arbeitsgemeinschaft der Ruhestandsbeamtenvereine. Die Ruhestandsbeamtenvereine in Bayern (München), Baden (Karlsruhe), Hessen (Larmstadt), Württemberg (Stuttgart) haben sich zu einer Arbeitsgemeinschaft unter dem Namen **Verband süddeutscher Ruhestandsbeamtenvereine** zusammengeschlossen. Mitgliederstand rund 50 000. Die Geschäftsführung hat der Bayerische Pensionistenbund in München. Die Arbeitsgemeinschaft bezweckt Erlangung eines Vertreterrechtes in Berlin, Anerkennung als Spitzenorganisation und gemeinsame Wahrung der Interessen der Ruhestandsbeamten, vornehmlich bei der Beamtengehältergebung.

Neue Luftpostwertzeichen. Am 1. April, kurz vor Eröffnung des diesjährigen Flugverkehrs, wird mit dem Verkauf neuer Luftpostmarken zu 5, 10, 20, 50, 1 M, 2 M, 3 M und neuer Luftpostmarken zu 15, 3 begonnen. Das Markenbild der neuen Wertzeichen stellt einen von einer Felsenrippe zum Flug aufsteigenden Adler dar.

Eilbriefe rot durchkreuzen. Eilbriefe haben trotz der Aufschrift „Durch Eilboten zu bestellen“ oft die Eigenschaft, daß sie nicht als Eilbriefe erkannt werden. Deshalb sollen sie ab 1. April außer durch den genannten Vermerk, durch ein liegendes Kreuz quer über die ganze Aufschrift hinweg gekennzeichnet werden. Es soll auch die Absicht bestehen, in den Schalteräumen der großen Postämter besondere Briefkästen für Eilbriefsendungen anzubringen.

Fürsorge für Sozial- und Kleinrentner. Auf eine kleine Anfrage im Landtag hat die Regierung geantwortet, daß die Fürsorge nicht abhängig gemacht werden soll von der Bewertung eines angemessenen Hausrats; dabei sind die bisherigen Lebensverhältnisse des Hilfsbedürftigen zu berücksichtigen. Auch sonst soll von der Bewertung des Vermögens und von der Sicherstellung des Erbes abgesehen werden, wenn dies eine besondere Härte für den Hilfsbedürftigen oder seine unterhaltsberechtigten Angehörigen wäre. Danach kann jetzt schon den Kleinrentnern die Rücksicht zuteil werden, die sie billigerweise verlangen können. Im übrigen werden sowohl im Fürsorgeausschuß als auch im Beschwerdeverfahren Vertreter der Kleinrentner mit beschließender Stimme zugezogen.

Straßenhandel. Es besteht Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß Personen, die den Handel im Umherziehen ausüben, im Besitze eines Wandergewerbescheines bzw. eines Hausierscheines und eines Steuerheftes sein müssen. Die Polizei- und Steuerbeamten haben Weisung erhalten, künftig die Einhaltung dieser Vorschriften streng zu überwachen, um den „wilden“ Handel, durch den besonders auch die ihre Abgabe entrichtenden Wandergewerbetreibenden geschädigt werden, möglichst auszuschalten.

Vergessen Sie nicht Ihre Heimat-Zeitung für den Monat April zu bestellen!

Bestellungen für den „Gesellschafter“ nimmt entgegen die Geschäftsstelle, das Postamt, jeder Briefträger, unsere Agenturen und Austräger.

Letzte Nachrichten

Kommunistensturm auf das Chemnitzer Rathaus.

Berlin, 26. März. Die Morgenblätter melden aus Chemnitz: Etwa 800 Erwerbslose, größtenteils Kommunisten, zogen am Donnerstagabend gegen 6 Uhr in geschlossenem Zuge mit roten Fahnen vor das neue Rathaus. Ein Teil des Zuges, der in das Rathaus eindringen wollte, stürmte gegen das vor dem Rathaus aufgestellte Polizeikommando an und drängte die Polizisten gegen den Hauzeingang zurück. Da hierbei einige Beamte tätlich angegriffen wurden, machten die Polizisten von ihren Gummihäupteln Gebrauch. Bei dieser Gelegenheit fiel auch der Menge ein Schuß gegen die Polizeibeamten, der jedoch nicht traf.

Rückgang der Erwerbslosigkeit um 5%.

Berlin, 26. März. Wie die Morgenblätter melden, ist auf Grund der im Reichsarbeitsministerium eingelaufenen Berichte der Landesarbeitsämter über die Arbeitslosigkeit festzustellen, daß durchschnittlich ein Rückgang der Erwerbslosigkeit um 5% in der vergangenen Berichtswche eingetreten ist. Der Rückgang ist besonders stark in den östlichen Gebieten und Bayern, während Westdeutschland teilweise noch Erhöhungen aufweist.

12 Tote und 31 Verletzte auf der Zeche Oberhausen.

Essen, 26. März. Die Bergungsarbeiten auf der Zeche Oberhausen, der guten Hoffnungs-Hütte sind nunmehr beendet. Es sind insgesamt 12 Tote und 31 Verletzte zu beklagen.

Ein Deutscher wegen Spionageanschuldigung in Paris verhaftet.

Paris, 25. März. Der „Intransigeant“ bringt in ziemlich großer Aufmachung die Meldung, daß gestern ein Deutscher namens Gotequich wegen angeblicher Spionage und auch wegen Betrügereien verhaftet wurde. Die Pariser Polizeipräktur gibt jedoch zu, daß genügend Anhaltspunkte für die Behauptung des Blattes, wonach es sich um einen Spion handle, nicht vorhanden seien.

Der Briefmarkendiebstahl auf dem Postamt SO 36.

Berlin, 26. März. Wie die Morgenblätter melden, wurde gestern abend unter dem dringenden Verdacht, an dem Wertzeichendiebstahl auf dem Postamt SO 36 beteiligt zu sein, der 45 Jahre alte Postkaffierer Albert Witzholz festgenommen. Nach den Feststellungen beträgt die Summe der gestohlenen Werte etwa 92—93 000 M.

Reise Paul Boncourts nach Warschau.

Warschau, 26. März. Von gut unterrichteter Seite erfährt der Vertreter der Tel.-Union, daß das Auswärtige Amt die Nachricht erhalten hat, daß Paul Boncourt nach Ostern in Warschau eintreffen wird, um mit Strapski wichtige Beratungen über die Völkerverbindungen zu führen.

Weiterer Frankensturz.

Berlin, 26. März. Die Morgenblätter melden aus New York: An der New-Yorker Börse erreichten gestern die französischen Schatzscheine ihren tiefsten Stand in diesem Jahre.

Das neue rumänische Wahlgesetz angenommen.

Bukarest, 26. März. Die Kammer nahm am Donnerstag als letztes Gesetz ihrer Wahlperiode das neue Wahlgesetz an. Das Stimmrecht der Frauen wurde abgelehnt.

Der Reichstag hat gestern nachmittag den Etat des Reichspostministeriums erledigt.

Gestern abend ist eine Verständigung der Regierungsparteien mit der Sozialdemokratie und der Wirtschaftlichen Vereinigung über das neue Steuerkompromiß erzielt worden.

Undens Darstellung der Gründe für Schwedens Umfall in Genf wird von deutschen informierten Kreisen lebhaft bestritten.

Büchertisch.

Auf alle in dieser Spalte angezeigten Bücher und Zeitschriften nimmt die Buchhandlung von G. W. Bafzer, Magold, Bestellungen entgegen.

Dahlem, 62. Jahrgang, Nr. 24. Reich an Bildern ist das vorliegende Heft. Fast alle Aufsätze sind illustriert. Der Königin Luise wird zur 150jährigen Wiederkehr ihres Geburtstages gedacht. Martha von Jabelitz plaudert über Tiere der Phanistik in einem Artikel „Der Fab-liao“, Professor Winds berichtet einachend über das „Funktheater“, seine Bedingtheiten, Vorzüge und Aufgaben in nächster Zukunft. Dazu gibt es noch etwas für den weiten Kreis der Rätselreunde, eine Romanfortsetzung, eine kleine Novelle, gibt es Frauen-daheim und Bilder zur Zeit. Wirklich Les- und Beschaustoff für eine Woche. Man lese selbst und beurteile den Reichtum des Gebotenen.

Handel und Volkswirtschaft

Berliner Dollarkurs, 25. März 4.20. Dollar-Schatzscheine 99.80. Kriegsanleihe 0.46. Franz. Franken 139 zu 1 Rfd. St., 28.64 zu 1 Dollar.

Berliner Geldmarkt, 25. März. Täg. Geld 4,5—6, Monatsgeld 6—7,5, Warenwechsel 6, Privatdiskont 5, 5.

Stuttgart, 24. März. Württ. Sparkassen-Giroverband. In der Jahresversammlung des Württ. Sparkassen-Giroverbands erstattete der Verbandsvorsitzende, Minister a. D. Dr. Schall, den Geschäftsbericht. Er betonte dabei das Bestreben des Verbands, die Zinsen zu senken und gab der Hoffnung Ausdruck, daß es gelingen werde, eine einheitliche Regelung der Zinsätze bei allen Kassen herbeizuführen. Als eine der nächsten Aufgaben des Verbands bezeichnete er die Einführung von Sausparkonten, um den Kunden der Sparkassen die Erbauung eines Eigenheims mit Hilfe der Sparkassen zu ermöglichen. Die Spareinlagen haben im Januar und Februar d. J. einen Zuwachs von 13 Millionen Mark erfahren. Zur Deckung des Geldbedarfs der Gemeinden und Gemeindeverbänden wurde die Aufnahme einer Anleihe von 25 Millionen Mark beschlossen, von denen zunächst 15 Millionen Mark aufgelegt werden sollen.

Stuttgarter Börse, 25. März. Die Börse hat sich heute von der geringen vorübergehenden Abschwächung wieder erholt.

Mannheimer Produktenbörse, 25. März. Trotz der niedrigen Auslandskurse hielt die Kaufkraft am heutigen Markt bei wenig veränderten Preisen an.

Berliner Getreidepreise, 25. März. Weizen märk. 26.10-26.50, Roggen 15.60-16.10, Wintergerste 13.80-15.30.

Allgäuer Butter- und Käsepreise, 24. März. Butter erster Güte 1.72 (1.67), zweiter Güte 1.60 (1.55).

Württ. Edelmetallpreise, 25. März. Feinsilber Grundpreis 91, in Körnern 90.50-91, Feingold 2800-2810.

Markte
Stuttgarter Schlachthofmarkt. Dem heutigen Markt im Stuttgarter Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 15 Ochsen, 20 Kühe, 100 Jungkälber, 81 Jungrinder, 29 Kühe, 295 Kälber, 760 Schweine, 1 Schaf, die sämtlich verkauft wurden.

am geräumt. In der nächsten Woche findet der Kleinviehmarkt am Mittwoch, den 31. März statt.

Schweinepreise. Backung: Milchschweine 34-45, Käufer 50 M. - Bopfinger: Käufer 45-60, Saugschweine 25-35 M.

Fruchtpreise. Laubing: Weizen 11.70-12.10, Kernen 13.30, Roggen 8.50, Gerste 8.30-10.80.

Gesäftliches. Die Kaim-Pianoforte-Akt.-Ges., Kirchheim-Teck, hat mit ihrer neuesten patentierten Erfindung „Kaim-Cantator“ auf der Leipziger Frühjahrsmesse durchschlagenden Erfolg.

Ämtliche Bekanntmachung. Arbeitszeit in den Bäckereien. Laut Erlass des Württ. Gewerbe- und Handelsaufsichtsamts vom 20. März 1926 ist gestattet worden, daß in Bäckereien und Konditoreien am Donnerstag, den 1. April und Samstag, den 3. April 1926 wegen des starken Geschäftsanfalls an diesen Tagen je um 3 Uhr morgens mit den Arbeiten zum Herstellen von Bäck- und Konditoreiwaren begonnen, und daß die Arbeitszeit am Mittwoch, 31. März über 8 Stunden hinaus ausgedehnt wird.

Herrenberg. Der am 30. März fällige Viehmarkt wird schon am Montag, den 29. März abgehalten. Ursprungszeugnisse sind mitzubringen.

Nagold. Durch Beschluß des Gemeinderats v. 17. Febr. ds. und mit Genehmigung des Oberamts Nagold v. 25. März ds. ist der Wasserzins ab 1. April 1926 all gemein um 50% erhöht worden. Den 26. März 1926. Stadtschultheißenamt: Maier.

DAS OSTERGESCHENK. In unserer Zeit voller Stürme und verdrossenen Leids bedürfen wir mehr als je der Rückkehr zur Urquelle aller Lebensenergie, zu den natürlichen Freuden der Seele. Sie allein geben uns die Stärke wieder, den Weg täglicher Pflichterfüllung, der heute größer als je, mit Festigkeit zu gehen.

Die aussergewöhnliche Preiswürdigkeit der Original-Miele-Zentrifugen lässt sich am besten an einem Beispiel erläutern: Vor dem Kriege kostete eine Hand-Zentrifuge von 250 Ltr. Stundenleistung etwa Mk 520. Heute kaufen Sie die gleiche Maschine für elektrischen Antrieb einschliesslich 1/2 Ps Drehstrom-Motor für ungefähr den gleichen Betrag.

PERFLOR ist besser als das Waschmittel, das Sie benützen. Perflor D. R. P. von Flammer ist etwas noch nie Dagewesenes. Es sind die einzigen selbsttätigen Seifenfloeken, die es gibt.

Anzeigen für die Samstag-Nummer wollen sofort aufgegeben werden

KAIM Kaim-Cantator (D.R.P.) die epochemachende Erfindung! das Tonwunder!! Kaim-Pianoforte A.-G. - Kirchheim - Teck

Latein- u. Realschule Nagold. Eine wiederholte Aufnahmeprüfung für Kl. I findet statt Montag, 29. März 1926 vorm. 8 Uhr an.

KORB-MAYER SCHULSTR. 2 STUTTGART über Mittag geöffnet. NEU „Sonn“ u. „Lüff“ K-Wagen Prospekte durch

Morgen Samstag 1101 Metzelsuppe in der „Rose“.

Morgen Samstag 1100 Kalk-Ausnahme Grüningers Kalkwerk. 2 wanderlustige musk. liebende Freunde suchen gleichgestimmte

Fräulein im Alter von 18-22 Jahren zwecks gemeinf. Sonntagsausflügen unt. Nr. 1097 an den Gesellschafter.

Etwas Gutes für Haare u. Haarboden ist echtes Brennessel-Haarwasser mit den 3 Brennesseln. Böhle Wwe., Friseurgeschäft, Apotheke Wildberg.

Taschenbibeln bei G. W. Zaiser. Bücher kaufe man nur beim Buchhändler Zaiser Nagold.

Monatlich Erjche Verbreitung, Dr. Telegramm-Adre Nr. 72

Sämtliche Inboten worden. Nach Offen n. Concour nach Wfragen kommen. Der französisch von seinem Rüd

Politi Die Würfel Guther-Strefema alle Anträge an den Bötterbund der Locarnopoliti in der Locarno-

Morgen Samstag 1099 Löwenlichtspiele ZAIDA Krimifilm in fünf großen Akten, sowie

Morgen Samstag 1102 Fräulein im Alter von 18-22 Jahren zwecks gemeinf. Sonntagsausflügen unt. Nr. 1097 an den Gesellschafter.

Morgen Samstag 1103 Etwas Gutes für Haare u. Haarboden ist echtes Brennessel-Haarwasser mit den 3 Brennesseln.

Morgen Samstag 1104 Taschenbibeln bei G. W. Zaiser. Bücher kaufe man nur beim Buchhändler Zaiser Nagold.